EU soll handeln

Bischöfe fordern EU-Koordinator gegen antichristlichen Hass

Das EU-Parlament hat festgehalten, «dass das Christentum heute die am stärksten verfolgte Religion der Welt ist»
Quelle: Unsplash / DDP

Nach einer Entschliessung des EU-Parlaments drängen die katholischen Bischöfe in der EU auf die Ernennung eines Koordinators gegen antichristlichen Hass. Die Kirchenleiter sehen dringenden Handlungsbedarf beim Schutz verfolgter Christen.

Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE) hat in einer Pressemitteilung vom Montag die Europäische Kommission dazu aufgerufen, einen EU-Koordinator zur Bekämpfung von antichristlichem Hass einzusetzen.

Grund ist eine Entschliessung des EU-Parlaments vom 21. Januar. Darin bedauert

das EU-Parlament unter Punkt 84, «dass das Christentum heute die am stärksten verfolgte Religion der Welt ist, von der mehr als 380 Millionen Menschen betroffen sind, es aber keinen europäischen Koordinator für die Bekämpfung der Christenfeindlichkeit gibt, obwohl ein Koordinator zur Bekämpfung der Islamfeindlichkeit ernannt wurde».

Nicht den Begriff «Christenfeindlichkeit» verwenden

Die katholischen Bischöfe ermutigen die EU-Kommission nun, «die Ernennung eines für diesen Bereich zuständigen EU-Koordinators ernsthaft in Erwägung zu ziehen» und schlagen vor, dass der künftige Beauftragte den Titel «Koordinator zu antichristlichem Hass» tragen soll und nicht den Begriff «Christenfeindlichkeit» verwendet.

COMECE weist in ihrer Pressemitteilung darauf hin, dass der Appell zur Ernennung eines solchen Koordinators kein neues Anliegen ist, und die Bischofsvertretung wiederholt auf die Notwendigkeit dieses Amtes hingewiesen habe.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Pro Medienmagazin.

Zum Thema:
Mit grosser Mehrheit: Türkei: EU spricht Klartext zur Unterdrückung von Christen
Neuer EU-Report warnt: Übernehmen «christliche Extremisten» die Macht?
Glaube kritisiert statt geschützt?: Kritik am EU-Parlament wegen Religionskritik

Datum: 26.02.2026
Autor: Norbert Schäfer
Quelle: Pro Medienmagazin

Tags
Europa
Verfolgung
Menschenrechte
Politik